

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Wortführer für Berlin 7 M., 50 Pf., ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 M., Österreich 13 Kr., 82 Hell., Rußland 4 Rub., 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Verbindung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für England in London bei Messrs. Siegle 30 Lime Street E.C. und Comie & Co. 19 Broadham Street E.C.

Berliner Börsen-Beitrag.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

den 30. April 1907.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Diebstahlstellen der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungslisten mit Pfand- und

und viele andere wichtige tabellarisch

herausgegeben.

Inserions-Gebühr:

Die viergespaltige Zeile 50 Pf

Reklametext 1 M.

Fernsprecher:

Ant I, Nr. 243.

Telegraph-Adressen:

Börsen-Zentrale.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37.

Annahme der Inserate: In der Expedition.

Für die Monate Mai und Juni eröffnen wir ein besonderes Abonnement. Auswärts und in Berlin werden die Bestellungen zum Preise von 6 Mark bei allen Post-Anstalten, in Berlin zum Preise von 5 Mark — inklusive Botenlohn — bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren sowie in unserer Expedition, Kronenstraße 37, entgegengenommen.

Vom Tage.

Der französische Ministerrat billigte gestern die Wahl der Delegierten zur Haager Konferenz: Leon Bourgeois, d'Estournelles de Constant und Senator Louis Renault.

In Paris wurde gestern der Salon des artistes français durch Präsident Fallières feierlich eröffnet.

Die auf gestern anberaumte öffentliche Sitzung der russischen Reichsduma fiel wegen Fortdauer der geschlossenen Sitzung aus.

Ein Kassierer einer hiesigen Depositenkasse der Bank für Handel und Industrie ist unter Mitnahme von etwa 35 000 M. verschwunden. Die Bücher und sonstige Effektenbestände sind völlig in Ordnung.

In Warschau wurde der Sohn eines Petersburger Millionärs, Protokoff, wegen Wechselfälschung in Höhe von 400 000 Rub. verhaftet.

Die Block-Politik und die Liberalen.

Gut Ding will Weile haben. Diese Erfahrung muß gegenwärtig namentlich wieder der liberale Teil des „Vlods“ machen, der bei den Wahlen dem Lichte des Fürsten Willow gefolgt ist. Was in diesen Tagen dem Reichstage an neuen Vorlagen zugeht, ist teils mit der Bestimmung, wenn irgend möglich noch in der laufenden Tagung erledigt zu werden, vornehmlich jedoch, um lediglich einer allgemeinen Besprechung in einer ersten Lesung unterzogen zu werden, das bringt den Liberalen nicht viel im Grunde genommen nur eine einzige Abschlusssatzung! Der Gesetzentwurf über die Verfassung der Majestätsbeleidigungen macht in der Tat dem liberalen Zweiteil der Konzeptionen. Niemand kann in Abrede stellen, daß aus diesem Entwurfe zum allerwenigsten der gute Wille spricht, liberale ganz hervorragende Mithände, die sich aus dem derzeitigen Majestätsbeleidigungs-Paragrafen und aus der bezüglichen Rechtsprechung ergeben haben, aus dem Wege zu räumen. Auch die nun in Aussicht genommene Fassung des Paragrafen mag vom liberalen Standpunkt aus noch nicht ganz einwandfrei sein, aber sicherlich bedeutet sie einen starken Fortschritt.

Darüber hinaus sind aber den Liberalen Zugeständnisse, wie sie sie auf Grund des den letzten Wahlen zu Grunde gelegten Paarungsgebantes haben erwarten dürfen, noch nicht gemacht worden. Die Reform des Vereins- und Versammlungsrechts ist noch vorbestanden geblieben. Die vorbereitende Arbeit soll ja einigermassen — das ist zur Motivierung der Versögerung geltend gemacht worden — mit Schwierigkeiten verknüpft sein. Man fragt sich freilich vergeblich: Wieso? Denn es könnte wirklich nicht schwer fallen, ein neues Verordnungs- in Kürze herzustellen, der etwa nach Art des württembergischen Vereins- und Versammlungs-Gesetzes dieses verfassungsmäßig gewährleistete Grundrecht für alle Deutschen so sicher, daß es von allen Fußangeln be-

freit ist. Aber selbst wenn man das Vorhandensein der behaupteten Schwierigkeiten wenigstens bis zu einem gewissen Grade anzuerkennen geneigt wäre, so sind doch die Andeutungen, zu denen sich jüngst der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern veranlaßt sah — daß auch im Reichsvereinsgesetz noch besondere Garantien für „Ordnung und Sicherheit“ zu schaffen seien — nicht dazu angetan, viel Hoffnungen auf ein wirklich freiheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz zu erwecken.

Und wie sieht es mit der Börsenreform? Man hätte meinen sollen, hier bedürfte es keiner gewaltigen Vorarbeiten mehr! Eine hierauf bezügliche Vorlage hätte mit Leichtigkeit schon in der jetzigen Tagung eingebracht und zur ersten Lesung gestellt werden können. Wenn die Kräfte dazu reichten, um ein neues Unterfugungswohnsitz-Gesetz, eine Gewerbeordnung wegen des sogenannten Beschränkungsrechtes, ein neues Vogelstutzgesetz, eine Vorlage wegen Sicherung der Bauhandwerkerforderungen und einen neuen Versicherungsvertrags-Gesetzentwurf noch in aller Eile fertig zu stellen, weshalb — muß der Reichstag, weshalb muß der liberale Teil des Vlodes dann auf die Reform der Verleumdungsgesetze noch warten bis zu einer neuen Tagung? Als Grund wird angegeben, es befänden gerade darüber noch „Unstimmigkeiten“ zwischen dem Reichsamte des Innern und — Preußen!

Man fühlt sich eigentümlich berührt, wenn man so etwas zu hören bekommt. Immer wieder vernimmt man, wenn es sich handelt um Verschleppung von Reformen in liberalen Sinne, den Hinweis auf Preußen. Als neulich die Unterhaltung im Reichstage sich der Frage der Weinkontrolle und einer generellen Nahrungsmittel-Kontrolle zuwandte, da vernahm der Stellvertreter des Reichsanstalters auf Widerstände in den Einzelstaaten und insbesondere in Preußen, und er forderte die Interessenten direkt auf, ihre Wünsche in den Parlamenten dieser Einzelstaaten mit Nachdruck geltend zu machen. Als ferner am vorigen Sonnabend dem Reichstage von seiner Budgetkommission das Verlangen unterbreitet wurde, von dem Reichsanstalters einen Gesetzentwurf zu erbitlen, der die Weivagspflicht der Reichsbetriebe zu den Gemeindeforderungen regelt, da vernahm man ähnliche Bezugnahmen auf „Schwierigkeiten“ und auf dadurch bedingte zeitverdringende Verhandlungen aus dem Munde des Herrn Reichsjustizsekretärs. Und auch da fehlte wiederum nicht die Feststellung, „wie lange Zeit schon die bisherigen Verhandlungen zwischen den Ressorts im Reich und in Preußen erfordert hätten“. Nach den Erfahrungen, die bei diesen Verhandlungen gemacht seien, sei anzunehmen, daß auch im Schoße des Bundesrats die weiteren Verhandlungen über diese unerläßliche Reform nicht so glatt verlaufen würden, als dies erwünscht sei.

Und wie war es doch mit der wohl noch wichtigeren Angelegenheit der Haftung des Reiches für Mißgriffe von Reichs- und der Haftung der Staaten für Mißgriffe der Staats-Beamten, worüber wenige Tage zuvor beim Etat des Reichsjustizamtes verhandelt wurde! Das Reich war schon, nach ausdrücklicher Versicherung des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes, bereit, seinerseits hinsichtlich der Haftung des Reiches die nötigen Schritte zu tun. Jedoch — das Reich, will sagen die Reichsregierung, habe sich überzeugt, daß es richtiger sei, mit der Regelung dieser Materie „Preußen voranzugehen zu lassen.“ Und wieder betonte der Staatssekretär, wie die preussische Regierung, trotz prinzipieller Geneigtheit zur Herbeiführung einer gesetzlichen Ordnung auf diesem Gebiete, doch auch Vorbehalte gemacht habe unter Hervorhebung „der großen Schwierigkeiten, die eine gerechte und gleichmäßige Regelung für ganz Preußen auf diesem Gebiete mit sich bringe.“

Allüberall, wie man sieht, Hinweise auf „Schwierigkeiten in Preußen“. Hinweise, die in letzterem Sinne

Falle um so befremdlicher wirken, als nicht abzusehen ist, weshalb gerade auf dem Gebiete der Haftung für Mißgriffe von Beamten eine Notwendigkeit vorliegen soll, daß das Reich Preußen den Vortritt läßt!

Darf man sich wundern, wenn der „Vlod“, soweit es sich um seine liberalen Bestandteile handelt, unruhig und unvorsichtig wird? Daß ihn Ungebot erschüttert? Daß er die Abschlusssatzung, die ihm der Majestätsbeleidigungs-Gesetzentwurf bietet, nur mit gemäßigten Gefühlen hinuntreibt und diese Abschlusssatzung in Vergleich stellt zu alledem, was den konserverativen Elementen des Vlodes schon jetzt bereitwillig geboten wird! Kleiner Beschränkungsrecht, Unterfugungswohnsitzgesetz, koloniale Anordnungen sind samt und sonders in der Hauptfrage Zugeständnisse an die Konserverativen. Und selbst die Maßschottisch-Steuerreform, wenn sie auch im Interesse des Reichsstaats den Brennern etwas zu nehmen scheint, schenkt ihnen doch dafür bekanntlich zugleich „Entschädigungen“, zu die dem Gesetze allen Wert nehmen und es vom liberalen Standpunkte aus unannehmbar machen.

So viel ist nach alledem sicher. Der Gewinn, den die Liberalen bisher von der Vlodpolitik haben, ist verschwindend. Wenigstens einstweilen. Und es gehört sicherlich viel Selbstbeherrschung für die Liberalen dazu, um in Geduld abzuwarten, was ihnen denn nun eigentlich für ein Gewinn aus dieser Politik erwachsen wird.

Telegramme.

Reichenberg i. Böhmen, 29. April. (C. T. C.) Heute ist in den von der Streikbewegung und der Aussperrung betroffenen Tuchfabriken Nordböhmens die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Wien, 29. April. (C. T. C.) Kaiser Franz Josef ist heute nachmittags gegen 3 Uhr hier eingetroffen und hat sich nach Schönbrunn begeben.

Christiania, 29. April. (C. T. C.) Der König und die Königin von Dänemark sind heute nachmittags hier eingetroffen und von König Haakon begrüßt worden. Ferner hatten sich zum Empfang eingefunden das Präsidium des Storkings, Mitglieder der Regierung, das diplomatische Korps sowie die Spitzen der Zivil- und der Militärbehörden. Nach Abschreiten der Ehrenkompanie führten die königlichen Herrschaften durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Schloß.

Christiania, 29. April. (C. T. C.) Wie „Norsk Telegrambyran“ meldet, hat sich Norwegen vor einiger Zeit an die interessierten Jurisdiktion zu bringen, sei von der norwegischen Regierung nicht aufgeworfen worden.

Szag, 29. April. (C. T. C.) Antich wird mitgeteilt: Die polnischen Truppen überfallen eine Bande bei Kassa (Glebes). Auf Seite der Polier wurden ein Europäer und drei berittene Polizeisoldaten von der Frau Anolina getötet, drei Polizeisoldaten verwundet. Der Anführer der Bande wurde mit 14 Anhängern getötet, 13 unterwarfen sich. Erbeutet wurden 26 Gewehre.

Paris, 29. April. (C. T. C.) Der Ministerrat beriet in seiner heute im Champs abgehaltenen Sitzung nicht über die Entlassung des Lehrers Négre, dem die Möglichkeit einer Verurteilung an den Ministern offen steht. Entsprechend dem kürzlich gemachten Vorschlage des Disziplinarrates beschloß der Ministerrat die Entlassung von fünf Postbeamten. Der Minister des Auswärtigen Pichon erklärte, er habe den durch die Montagnapapiere bloßgestellten Gesandten bei den zentralamerikanischen Staaten Lemaignan abberufen; Dumaine, der bisherige Gesandte in München, werde nach Mexiko abtreten.

Der ehemalige Deputierte De Ville wurde zum Gesandten in Albanien ernannt an Stelle des zur Disposition gestellten Lagarde. Der Ministerrat billigte die Auswahl der Delegierten zur Haager Konferenz: Leon Bourgeois, d'Estournelles de Constant,